

Neue Pläne: Ortsrat gibt grünes Licht

Gremium votiert mit Stimmen von CDU und WG Bremervörde/Engeo für B-Plan-Änderung – Nur eine SPD-Gegenstimme

Von Stefan Algermissen

BREMERVÖRDE. Nach dem Stadtentwicklungsausschuss (BZ berichtete) hat am Donnerstag auch der Bremervörder Ortsrat der Änderung des Bebauungsplanes (B-Plan) für den Rathausplatz zugestimmt. Die ist bekanntermaßen nötig, um auf dem ehemaligen Kammann-Grundstück das geplante Wohn- und Geschäftsgebäude entstehen zu lassen. Mit 5:1 Stimmen votierte der Ortsrat, der bei der Entscheidungsfindung „Anhörungsrecht“ genießt, für die Änderung.

Nur Lars Lust (SPD) stimmte am Donnerstagabend gegen die B-Plan-Änderung. Er war der einzige anwesende Sozialdemokrat. Rainer Hartmeyer fehlte entschuldigt, Marco Wettlaufer kam nach angekündigter Verspätung doch nicht mehr. Weil die CDU-Ratsmitglieder Frank Pingel, Uwe Matthias, Peter Hoheisel und Dirk-Frederik Stelling geschlossen für die B-Plan-Änderung stimmten und sich Herbert Bardenhagen (WG Bremervörde/Engeo) diesem Votum anschloss, fiel die Entscheidung deutlicher als erwartet aus. Petra Fischer (Bunte Liste) enthielt sich der Stimme.

Im Vergleich zur Ausschusssitzung sieben Tage zuvor war das öffentliche Interesse an der Zusammenkunft des Ortsrates offensichtlich gering. Nur ein Dutzend Bürger fand sich im Rathaus ein, und so konnten die Beratungen wie ursprünglich vorgesehen im kleineren Sitzungszimmer stattfinden. Dort erläuterte Ortsbürgermeister Frank

Pingel (CDU) den Zuhörern zunächst, dass der Ortsrat vor Entscheidungen des Rates „nur“ angehört werde. „Zuerst tagt der Fachausschuss, es folgt der Ortsrat, dann – nicht öffentlich – der Verwaltungsausschuss, am Ende stimmt der Stadtrat öffentlich ab.“

Im Anschluss fasste Bürgermeister Detlev Fischer die Entwicklung des Projektes bis zum Ist-Zustand aus einer Sicht zusammen. Fischer betonte, dass das geplante Wohn- und Geschäftsgebäude „überwiegend den Vorgaben entspricht, die 2016 in dem vom Büro Cappel & Kranzhoff für die Stadt erstellten Rahmenplan für die Innenstadt vereinbart wurden“. Er räumte ein, dass das neue Gebäude „deutlich größer als das bisherige“ ausfallen werde. Doch es sei ebenfalls ein im Rahmenplan festgezurrt Ziel gewesen, dem Rathausplatz mehr „Platzcharakter“ zu geben, ihn optisch ein-

zugrenzen. Auch deshalb rücke die Fassade mehr in Richtung Neuer Straße. „So wird das angestrebte Ziel erreicht.“

Die Tatsache, dass das ursprünglich angedachte Parkhaus an der Ecke Alte Straße/Rathausmarkt hinfällig sei, begrüßte er, sagte der Bürgermeister. „Das war wirklich kein Hingucker.“ Eine Tiefgarage sei die bessere Lösung. Wie Fischer berichtete, hätten Interessenten der Specht-Gruppe signalisiert, dass sie auf Parkmöglichkeiten direkt am Gebäude Wert legen, sollten sie eine Wohnung für einen Kauf in Betracht ziehen.

Herbert Bardenhagen wollte von Fischer wissen, wie die Anregungen aus der öffentlichen Auslegung der Pläne für das Gebäude in den avisierten städtebaulichen Vertrag zwischen Stadt und Specht-Gruppe einfließen. Der Vertrag, solle bis zur Sitzung des Verwaltungsausschusses Anfang September ausgearbeitet sein, berichtete der Bürgermeister, und man stelle es sich so vor, dass unter anderem in einem bebilderten Anhang beispielsweise festgelegt werde, wie die Fassade aussehen muss.

Einstimmig stimmte der Ortsrat einem Antrag von Petra Fischer zu, die Stadt anzuregen, „Blindfenster“, wie sie am Fachmarktzent-

» **Ich fand es gut, dass die Öffentlichkeit beteiligt wurde. Demokratie beinhaltet immer auch Kompromisse. Doch so, wie sich der Vorsitzende des Kultur- und Heimatkreises verhalten hat – sogar von Lügen ist die Rede. Das ist unter der Gürtellinie! «**
Peter Hoheisel (CDU) mit Blick auf den KuH-Vorsitzenden Manfred Bordiehn

rum in der Bremer Straße entstanden sind, vertraglich auszuschließen. Dort waren dem Investor Fenster im Erdgeschoss vorgeschrieben worden, die später von den Mietern der Geschäfte einfach flächendeckend zugeklebt wurden. Die angestrebte „Luftigkeit“ zur Bremer Straße war mit ein wenig Klebstoff schlagartig passé.

Keine Mehrheit hingegen fand sich für den ebenfalls von Petra Fischer gestellten Antrag, die im Plan vorgesehenen „Gebäudelinien“ durch „Gebäudegrenzen“ zu ersetzen. Mit diesem Vorschlag wollte die Bunte-Liste-Abgeordnete das mittlerweile in die Planungen eingearbeitete Staffageschoss in den oberen Stockwerken festgezurrt wissen. Doch mit den vier CDU-Stimmen wurde das gegen die drei Stimmen von Lust (SPD), Bardenhagen (WG Bremervörde/Engeo) und Petra Fischer abgelehnt.

Ihre Stimmhaltung bei der Abstimmung über den B-Plan begründete Petra Fischer damit, dass sie sich „mit dem mächtigen Klotz von Gebäude immer noch nicht anfreunden“ könne. Die farbliche Absetzung im Obergeschoss gehe ihr nicht weit genug. „Das geplante Gebäude ist größer und höher als das Rathaus, und es erschlägt das Germelmann-Haus nebenan geradezu.“ Zudem kritisierte die Bunte-Liste-Ratsmitglied den Haupteingang von

der Ostseite (in Richtung Großer Platz): „Das trägt ja nicht gerade zur Belebung des Rathausplatzes bei.“

Lars Lust schlug versöhnliche Töne an: Das Gebäude stelle das Rathaus zwar nach wie vor in den Schatten. Nichtsdestotrotz sei viel passiert mittlerweile. In diesem Zusammenhang gelte ein Dank dem Bremervörder Architekten Lothar Tabery, dank dessen Anregung das Gebäude „nicht mehr so klotzig“ und „nun wohnlicher“ wirke. Wichtig sei ihm, sagte der SPD-Abgeordnete, dass die wichtigsten Punkte des städtebaulichen Vertrags zwischen Stadt und Specht-Gruppe öffentlich gemacht würden. „Das ist unser Appell“, sagte Lust im Namen der SPD, damit die Politik sich später nicht vorwerfen lassen müsse, bei dem Projekt „nicht aufgepasst zu haben“.

Er könne das gegenüber dem Investor nur anregen, gab der Bürgermeister zu bedenken. „Verträge werden grundsätzlich vertraulich zwischen zwei Parteien geschlossen.“ Daraus Details zu veröffentlichen, gehe nur, wenn beide Seiten einverstanden seien.

Eine Lanze für den bisherigen Verlauf der Planungen für den Rathausmarkt brach am Ende Jan-Frederik Stelling (CDU): „Es muss auch mal festgehalten werden, dass wir dem Ziel, mehr Handel und Wohnen ins Stadtzentrum zu kriegen, mit dem Gebäude näher kommen.“ Das hätten viele Bedenken Träger nicht für möglich gehalten.

» **Die Entscheidung** über die Änderung des Bebauungsplanes für den Rathausplatz fällt am 11. September der Bremervörder Stadtrat. Zuvor findet noch eine nicht öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses statt, bis zu welcher der städtebauliche Vertrag zwischen Stadt und Specht-Gruppe ausgearbeitet sein soll. Denn auch über diesen müssen Verwaltungsausschuss und Rat entscheiden.

